

Roosevelts Dilemma von Claus Hartwig

Nur 59 Elektoren werden bei der offiziellen Wahl des amerikanischen Präsidenten Anfang nächsten Jahres ihre Stimme für den bisherigen Präsidenten Hoover abgeben, 472 Elektoren werden dagegen für Roosevelt stimmen, der somit am 4. März als 31. Präsident nach dem größten Sieg, den die Geschichte der amerikanischen Präsidentenwahlen verzeichnet, in das Weiße Haus einziehen wird, wo vor ihm seit dem Bürgerkrieg nur zwei seiner Parteifreunde dieses einflußreiche politische Amt ausgeübt haben, nämlich Cleveland und Wilson.

Vor vier Jahren erlitt Roosevelts Parteifreund, der damalige demokratische Kandidat Alfred Smith, die bis dahin vernichtendste Niederlage, denn er erhielt nur 87 Elektorenstimmen von 531. Welch eine Wendung, welch ein Erdrutsch! Dieser Erdrutsch findet auch seinen Ausdruck in einer völlig veränderten Zusammensetzung des Hauses und des Senats. Von den 96 Senatoren bekennen sich 56 zur demokratischen Partei, noch stärker wird die demokratische Mehrheit im Haus sein, doch liegen endgültige Ziffern noch nicht vor. Viele republikanische Abgeordnete und Senatoren, die unter Harding, Coolidge und Hoover seit mehr als einem Jahrzehnt das Schicksal Amerikas entscheidend bestimmt haben, sind teils nicht wiedergewählt, haben teils ihre einflußreichen Stellungen als Vorsitzende von Ausschüssen verloren. Zwar hatten alle mit einem Sieg Roosevelts und der demokratischen Partei gerechnet, aber keiner mit diesem überwältigenden Sieg, und deswegen ist es verständlich, daß die Frage auftaucht: Deutet dieser Übergang so bedeutender Wählermassen von der republikanischen Partei zur demokratischen nicht auf eine gewisse Krise des parteipolitischen Lebens in USA hin?

Die amerikanischen Parteien sind in weit stärkerem Maße als die anderer Länder zu Parteimaschinen erstarrt, deren Programme sich kaum noch unterscheiden, deren Verschiedenheiten nur noch historisch und psychologisch zu verstehen sind. Bei der Wahl im Jahre 1928 war kaum noch ein Unterschied in den beiden Parteiprogrammen zu entdecken, 1932 traten aber immerhin gewisse Unterschiede in Erscheinung, so in der Alkoholfrage und in der sozialen Frage. Die Verschiedenheiten beider Parteien sind am besten aus den von ihnen gewählten Symbolen zu erklären. Die republikanische Partei ist die Partei des Elefanten, der behäbig, zielsicher und sorgenlos einherschreitet, während der dumme Esel der demokratischen Partei das Nachsehen hat, zurückgedrängt wird, unzufrieden den großen Elefanten anschaut, gegen den er nur ankommen kann, wenn der Elefant sich eine Blöße gibt. Republikanisch wählen die Satten und Zufriedenen, auch weite Kreise der Arbeiterschaft, wenn sie über ein Bankkonto verfügen, sich stets ein „chicken-dinner“ leisten können und in der Garage ihr Auto stehen haben; demokratisch wählen die unzufriedenen Elemente. Das Lager der Unzufriedenen hat oft gewechselt. Einst waren vor allem die Staaten des Südens unzufrieden mit der Politik der andern Staaten, sie wählen in alter Tradition auch

jetzt noch demokratisch. Es war anzunehmen, daß in einer solchen Krise wie der gegenwärtigen die von ihr schwerbetroffenen Schichten der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft weitgehend demokratisch wählen würden.

Auf die Gewinnung dieser Stimmen war der Wahlkampf der Demokraten gerichtet. Roosevelt, der kommende Vizepräsident Garner und die vielen andern demokratischen Agitatoren stellten hierauf ihre Wahlpropaganda ein, sie vertraten Forderungen, die 1928 von der Gegenpartei als „bolschewistisch“ abgetan wurden, Forderungen, die man als „marxistisch“ zu bezeichnen geneigt sein könnte. Die Demokraten appellierten an die breite Masse der Arbeitslosen und Besitzlosen, indem sie gegen „big business“ wüteten, ein Einschreiten gegen die Großbanken, gegen die Großindustrie und gegen die sogenannten Versorgungsbetriebe versprachen. Sie stellten soziale Hilfsmaßnahmen in Aussicht, ja sogar eine Arbeitslosenversicherung. Hoover dagegen trat auch in diesem Wahlkampf als Vertreter von „big business“ in Erscheinung, symptomatisch war das offene Eintreten des sozialpolitisch reaktionären und in den Arbeiterkreisen wenig beliebten Ford für Hoover.

So wurde mit Hilfe marxistischer Ideologien, aber auch mit Hilfe des Finanzkapitals — für die Zeit vom 21. Juni bis zum 2. Oktober hat die demokratische Partei offiziell Wahlausgaben von einer Million Dollar ausgewiesen — und mit Hilfe der Wahlstimmen des immer konservativer werdenden Südens Roosevelt gewählt. Doch die entscheidende Frage wird sein, wer jetzt nach den Wahlen den Kurs der Regierung Roosevelts bestimmen wird, ob es die Geldgeber oder der konservative Süden oder die von der Krise schwerbetroffenen Arbeiter und Bauern sein werden. Der demokratische Parteiapparat wird in Funktion treten, er gehorcht vor allem seinen eignen Gesetzen und seinen Geldgebern. Wichtiger vielleicht als der Wahlkampf wird der jetzt unvermeidliche Kampf um die Politik der demokratischen Partei sein. Was wird nach vier Jahren, bei der nächsten Wahl, werden, wenn Roosevelt vielleicht seine sozialpolitischen Versprechungen nicht erfüllen kann und keine wesentliche Belebung der Wirtschaft eintritt? Vor vier Jahren hatte Hoover seinen Wählern ewige Prosperität, „chicken-dinner“ und ein Auto in der Garage versprochen, er wurde hinweggefegt, weil diese Versprechungen nicht erfüllt werden konnten. Wenn Roosevelt nun seine Versprechungen nicht halten kann, wer wird nach vier Jahren an seine Stelle treten? Wird dann der Sozialismus zum ersten Male als dritte Partei eine entscheidende Rolle spielen? Und wenn Roosevelt seine sozialen Versprechungen zu erfüllen versucht, was werden die hinter der demokratischen Partei stehenden Kreise von „big business“, was wird der konservative Süden sagen? Werden diese Kreise zu den Republikanern übertreten? Das sind Fragen, die heute auftauchen, in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden können, aber doch erst in vier Jahren zu beantworten sind. Sie werden im Mittelpunkt der nächsten vier Jahre stehen, in Form eines Kampfes um die Sozialpolitik. Es

wird sich darum handeln, ob unter Roosevelt Amerika in diesem Sinne „europäisiert“ wird oder nicht.

Eine andre entscheidende Frage ist die Alkoholfrage. Während Hoover seinen Wählern nur Geld versprochen hat, nämlich auf dem Wege der Kreditausweitung, versprach Roosevelt Geld und Bier. Er will den Verkauf leichter alkoholischer Getränke wieder zulassen. Ob und wie er dies Versprechen einhalten kann, erscheint noch ungewiß. Eine restlose Erfüllung setzt eine Verfassungsänderung voraus, die nur möglich ist bei einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern und bei einer Zustimmung von drei Vierteln der Einzelstaaten. Bei der Haltung der meisten Staaten des Südens und des Westens ist mit der Erzielung dieser Mehrheiten kaum zu rechnen, man wird nach irgendeinem andern Ausweg suchen müssen.

Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Wahl soll man nicht überschätzen. Fragen der Außenpolitik traten im Wahlkampf völlig zurück. Einst hatten die Demokraten für diese Fragen mehr Verständnis als die Republikaner, waren die Demokraten weit liberaler. In letzter Zeit aber haben die Republikaner für weltpolitische und weltwirtschaftliche Fragen mehr Sinn gezeigt als die Demokraten. Es ist möglich, daß Roosevelt, der ja einst als Mitarbeiter Wilsons am Werden des Völkerbundes mitgeholfen hat, der Schöpfung seines demokratischen Vorgängers erhöhtes Interesse zuwendet. Es ist möglich, daß er europäischen Wünschen entgegenkommt. Viel wird davon abhängen, wen Roosevelt zu seinen nächsten Mitarbeitern ernennt. Wird Baker, der Repräsentant des relativ freihändlerischen Flügels der Demokraten, Außenminister und sein Gesinnungsgenosse Owen Young Finanzminister, dann kann man sich gewissen Hoffnungen hingeben, aber auch dann noch sollte man sich vor Illusionen hüten.

Viel Aufsehen hat es erregt, daß die Demokraten in sehr schroffer Form gegen den bestehenden Zolltarif Stellung genommen haben und eine Revision in Aussicht stellten. Aber es darf nicht vergessen werden, daß der für die demokratische Politik wichtige Süden im Laufe der letzten Jahre aus dem freihändlerischen Lager ins hochschutzzöllnerische abgescwenkt ist und daß ebenfalls hochschutzzöllnerische Industriegruppen auf die demokratische Partei einen starken Einfluß ausüben. In dieser Hinsicht bestehen innerhalb der demokratischen Partei starke Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten. Roosevelt sieht anscheinend einen Ausweg darin, daß die amerikanische Handelspolitik den Boden der Meistbegünstigung verläßt und wieder zum Prinzip der Reziprozität zurückkehrt. So wird vielleicht der Kampf um die Meistbegünstigungsklausel eine erhöhte Bedeutung erlangen. Auf diese Konsequenzen einzugehen, würde zu weit führen, auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz werden hierüber wohl entscheidende Verhandlungen geführt werden.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz wird die Regierung Roosevelts auch andre wichtige Fragen zu beantworten haben. Wie steht es mit Hoovers Antideflationspolitik? Werdet Ihr sie

fortsetzen oder vielleicht gar ausbauen? Werdet Ihr dabei den Etat im Gleichgewicht halten können? Werdet Ihr den Dollar behaupten können? Glaubt Ihr noch an das Gold? Zu diesen schwierigen Fragen werden sich die Amerikaner in London stellen müssen. Gegenwärtig ist eine Antwort noch nicht möglich, denn die Demokraten haben sich gehütet, sich im Laufe des Wahlkampfes auf eine eindeutige Entscheidung festzulegen.

Diese und andre wichtige Fragen sind heute noch ungeklärt. Wie die Antworten ausfallen werden, hängt weitgehend von der Persönlichkeit Roosevelts ab. Hoover, der das Notwendige und Richtige erkannte, der das Moratorium wagte und in der Abrüstungsfrage radikal vorging, erwies sich als nicht genügend politisch geschult, um seine Gedanken durchzusetzen. Roosevelt, der schon mit 28 Jahren Senator, 1917 mit 35 Jahren Staatssekretär im Marineministerium und 1928 trotz schwerer Erkrankung Gouverneur des Staates New York wurde, ist ohne Zweifel eine stärkere politische Persönlichkeit als Hoover. Ob er aber die vielen schwerwiegenden Fragen entscheidend beeinflussen kann...